



## Editorial

Armut, absolute Armut, so wie wir sie von Bildern aus Entwicklungsländern kennen, dürfte in Europa eher die Ausnahme sein. Auch wenn absolute Armut bei uns kein existenzielles Problem ist, so drängt doch die zunehmende relative Verarmung seit einigen Jahren verstärkt in das öffentliche Bewusstsein. Relative Armut, oder genauer: das Armutsrisiko, betrifft weite Schichten der Bevölkerung, wobei bestimmte Gruppen diesem Risiko in erhöhtem Maße ausgesetzt sind. Zu diesen gehören u. a. geringqualifizierte Personen, Personen, die sich in einer prekären Beschäftigungssituation befinden, Alleinerziehende, Langzeitarbeitslose, Personen mit einem Migrationshintergrund und ältere Menschen. Kinderarmut und die Armut älterer Menschen werden hierbei als besonders problematisch angesehen: Armut bereits im frühen Alter verbaut systematisch Berufs- und Aufstiegschancen und damit potenzielle Einkommensquellen, die vor Armut schützen. Altersarmut wird als Demütigung empfunden, weil man sich trotz eines langen Erwerbslebens im Alter weniger Wünsche erfüllen kann und dies in diesem Lebensabschnitt kaum mehr auszugleichen vermag. Und es gibt eine wachsende Gruppe von Menschen, deren Einkommen bereits heute so niedrig ist, dass es durch staatliche Transfers angehoben werden muss. Zwar wird gegenwärtig das Armutsproblem gelöst, aber künftig wird aufgrund niedriger Einkommen bei vielen eine ausreichende Altersvorsorge schwierig, sodass hier ein hohes Risiko zukünftiger Altersarmut besteht.

Viele Gründe für ein Dasein in relativer Armut können vermieden oder abgemildert werden. Bildungsmöglichkeiten sind ein erstes Betätigungsfeld, um relative Armut zu verhindern bzw. zu verringern; hier ist weit mehr gesellschaftliche Kreativität angesichts der hohen Zahl von *drop-outs* gefragt. Damit einher geht die Notwendigkeit, eine ausreichende Zahl an Kinderbetreuungsstätten zu sozial verträglichen Preisen vorzuhalten. Insbesondere flexibilisiert dies Arbeitszeit für Alleinerziehende, sodass die Gesellschaft wichtige Potenziale für die wirtschaftliche Entwicklung erhalten und ausschöpfen kann. Zudem zeigt es den notwendigen Respekt gegenüber den Betroffenen, wenn man Klagen über zu niedrige Geburtenraten ernst nehmen soll. Wenn Erwerbseinkommen nur durch „Aufstocken“ auf ein akzeptables Niveau gehoben werden können, dann sind auch die Tarifpartner gefordert zu prüfen, ob Arbeit angemessen entlohnt wird, sodass auch die Chance besteht, einen eigenen Anteil zu Altersvorsorge leisten zu können. Es geht hier nicht nur um das subjektive Wohlbefinden, sondern auch um den gesellschaftlichen Zusammenhalt!

*Herbert S. Buscher*